



Eine Viertelmillion für eine offene und freie Gesellschaft (Seite 3)



Aufruf zur Mitarbeit am Kreiswahlprogramm (Seite 5)



DIE LINKE mit bunt gemischtem Team beim „Kick für Toleranz“ (Seite 6)

DIE LINKE ZEITUNG

11/2018

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis



Kreisversammlung in Nachterstedt: Foto: privat

Kreisversammlung blickt auf Kommunalwahlen

Zu ihrer 16. Kreisversammlung hatte die Salzlandkreis-LINKE am zweiten Samstag im Oktober nach Nachterstedt, Ortsteil der Stadt Seeland, eingeladen. Damit setzt der Kreisverband die Tradition fort, seine Hauptversammlungen an unterschiedlichen Orten im gesamten Kreisgebiet durchzuführen. Mit der Versammlung im Hotel „Zum Schwan“ sollte das Signal an die eigenen Mitglieder und die Öffentlichkeit zum Start in die intensive Phase der Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr

gegeben werden. Außerdem waren die Delegierten zum Landesparteitag der nächsten zwei Jahre zu wählen.

Nach der Begrüßung durch Reinhard Kurnert vom gastgebenden Ortsverband und der Konstituierung der Versammlung ging der Kreisvorsitzende Lothar Boese in seiner Rede auf die Aufgaben und Herausforderungen der nächsten Monate ein. Zwei Dinge stehen im Vordergrund: Die Erarbeitung der Wahlprogramme für die Kommunalwahl und die Kandidaten-

werbung für die Wahllisten der LINKEN. Der Finanzbericht wurde im Anschluss ebenfalls vom Kreisvorsitzenden vorgetragen. Die finanzielle Situation des Kreisverbands wurde als „gut und solide“ eingeschätzt. Davon würden die finanziellen Überschüsse im vergangenen und voraussichtlich auch in diesem Jahr zeugen. Diese sind nötig, um zusätzliche Ausgaben für den Kommunalwahlkampf ansparen zu können, so Lothar Boese. Der Kreisverband hat aktuell 314 Mitglieder.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

In der Aussprache ergriffen sieben Genossinnen und Genossen zu unterschiedlichen Fragen der Kommunalpolitik und der Parteiarbeit das Wort. Sabine Dirlich zum Beispiel, Vorsitzende der Kreistagsfraktion, sprach über Schwerpunkte der Fraktionsarbeit der letzten Monate. Sie erwähnte unter anderem den lang andauernden Streit um die Altschulden der Bernburger Wirtschaftsförderungsgesellschaft aus dem überzogenen Ankauf von Gewerbeflächen in den 90er Jahren sowie den Ärger mit den AMEOS-Kliniken betreffend Missstände bei der Notaufnahme. Die Fraktion erarbeitet zurzeit eine Bilanz ihrer Tätigkeit und wird sich auch intensiv in die Erarbeitung des Kreiswahlprogramms einbringen. Jörg

Lemmer, stellvertretender Kreisvorsitzender, verlas ein Grußwort von Jan Korte, Mitglied des Bundestages und 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKE-Fraktion, der selbst nicht anwesend sein konnte, und warb um Zuarbeit für die Linke Zeitung des Kreisverbands, die monatlich in einer Auflage von 750 Stück für die Mitglieder und andere Abonnenten herausgegeben wird.

Der vom Kreisvorstand vorgeschlagene Entwurf des Leitantrags „Die LINKE im Salzlandkreis sagt Willkommen“ wurde schließlich mit einer kleinen Ergänzung einstimmig verabschiedet. In ihm werden die Mitglieder aufgerufen, sich an der Erarbeitung der Wahlprogramme in den Ortsverbänden und für

den Landkreis einzubringen, die Werbung von Kandidatinnen und Kandidaten zu den Kommunalwahlen zu unterstützen und, wenn möglich, auch selbst zu kandidieren. Die Aufstellung der Wahllisten wird in besonderen Mitgliederversammlungen im Frühjahr nächsten Jahres, spätestens Anfang März, in geheimen Wahlen erfolgen. Die nächste Kreisversammlung, auf der das Kreiswahlprogramm verabschiedet und die Wahllisten für die Kreistagswahl aufgestellt werden, wurde vom Kreisvorstand für den 2. März nach Schönebeck einberufen. Spätestens bis zum 18. März müssen alle Wahlunterlagen beim jeweiligen Wahlleiter eingereicht sein. Dieser Termin gilt in ganz Sachsen-Anhalt. (Red.)

Aufstehen, vor allem nicht mehr Sitzenbleiben!

André Brie

Offen und gleich zum Beginn meines Beitrags bekenne ich, dass ich anders als mein Bruder Prof. Michael Brie kein Anhänger der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ bin. Die Antwort fällt auch mir nicht leicht, denn eine wirklich andere Politik halte auch ich für dringlich. Doch anders als mein Bruder halte ich diesen Weg für falsch und habe andere Antworten. Es ist für mich keine Frage, dass es erforderlich wäre Menschen aus unterschiedlichen Lagern für eine andere Politik zu sammeln. Die soziale Spaltung in der deutschen Gesellschaft, in Europa und in der Welt hat ein äußerst bedrohliches Ausmaß angenommen. Bedroht sind nicht nur so viele Millionen sozial ausgegrenzte und benachteiligte Menschen allein in Deutschland, sondern auch politische Beteiligung und Demokratie bei uns und sehr, sehr vielen Ländern. Weltweit ist diese Spaltung auch eine entscheidende Ursache für Unterentwicklung, Armut, Hunger, Krieg, Fundamentalismus, Terrorismus. Doch vorweg sage ich, dass es für mich seit eh und je statt einer Sammlung eine echte gesellschaftliche Bewegung wichtiger wäre. Und die vermisse ich. Solange Menschen, und insbesondere die besonders betroffenen, sich nicht auf Straßen und in Protesten hunderttausendfach selbst in Bewegung setzen, wird es schwer mit dem „Aufstehen“.

Hier in Sachsen-Anhalt und Bernburg darf ich erwähnen, dass die Autorinnen und Autoren sowie die sehr unterschiedlichen 95 Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner unserer 95 neuen Reformationsthesen 2017 genau diese Fragen und mögliche Alternativen angesprochen hatten, nach einer wirklichen Lösung gesucht hatten und weiter danach streiten.

Sehe ich in die Geschichte der Bundesrepublik, so gab es bisher nur eine reale politische Alternative – in den sechziger Jahren durch Willy Brandt (obwohl er selbst in der CDU-SPD-Regierung war), Egon Bahr und Walter Scheel (FDP), die eine neue Ostpolitik gegen die CDU/CSU forderten, später auch „mehr Demokratie“ zu wagen, die sie kaum realisierten, aber auch

weitreichende bildungspolitische Veränderungen durchsetzen. Die Auseinandersetzungen in der alten Bundesrepublik waren heftig, gesellschaftlich und öffentlich. Es waren jedoch nicht nur neue politische Projekte, die zum Politikwechsel führten, sondern auch Intellektuelle und Persönlichkeiten wie die erwähnten und andere, von denen es in der heutigen Politik keine mehr gibt. Ich könnte nostalgisch werden, wenn ich an Politiker wie Brandt, Bahr, Scheel, Wehner, Schmidt oder Eppler denke. Stattdessen haben wir in der heutigen Bundesrepublik gerade die „Causa Maaßen“. Von den Fällen Nahles, Seehofer oder Merkel ist nicht einmal die Rede.

1998 gab es einen zweiten Regierungswechsel (von Kohl/CDU/CSU/FDP zu „Rot-Grün“ mit Schröder). Doch anders als bei Brandt und Scheel handelte es sich nicht um einen Politikwechsel. Schröder und Fischer führten die Bundesrepublik am 24. März 1999 in den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien, zu Fischers eigentlich antisemitischen Vergleich mit dem Holocaust, schließlich zu Hartz IV etc. 2005 und 2013 wäre nach den Bundestagswahlen Rot-Rot-Grün numerisch möglich gewesen, doch alle drei Parteien lehnten es ab. Von einem gemeinsamen Projekt konnte ebenso keine Rede sein. Inzwischen ist „R2G“ außer in einzelnen Bundesländern, auch quantitativ nicht mehr existent.

Doch nun komme ich zur Sammlungsbewegung „Aufstehen“ und meinen Zweifeln zurück. Meine erste Frage ist, wo ist denn tatsächlich ein ähnlich radikaler Politikwechsel wie unter Brandt angestrebt? Im Aufruf zu „Aufstehen“ finde ich inhaltlich eigentlich nichts, was nicht auch von der Partei Die Linke oder der SPD schon vertreten wird. In den aktuellen Umfragen verlor die SPD trotz der Initiative von Wagenknecht und Lafontaine weiter, Die Linke blieb bei 10 Prozent, die Grünen nahmen ein wenig zu. Doch inzwischen ist immer deutlicher, dass sie eher zur CDU und bei der Landtagswahl in Bayern zur CSU tendieren werden. Zweitstärkste Partei würde die AfD werden. Man darf solche Umfragen nicht

überschätzen, aber bei absolut allen Wahlen der vergangenen Jahren erreichte diese Partei mehr als in den Umfragen.

Persönlich, und ich denke, dass es auch das stärkste Motiv für Wagenknecht ebenso wie für ihre Unterstützerinnen und Unterstützer auch aus anderen Parteien und der Öffentlichkeit ist, ist die Frage, wie man die AfD real stoppen könnte, entscheidend. Wie die Umfragen zeigen, gibt es durch diese Initiative jedoch keine wirkungsvolle Antwort. Die AfD ist alles andere als eine tatsächliche Alternative, doch sie wird gegenwärtig von Millionen Menschen als einziges Ventil für ihre Unzufriedenheit gesehen. Alle demokratischen Parteien haben bisher darauf auch keine praktische Antwort. Natürlich haben Die Linke, teilweise auch die SPD oder die Grünen, Vorstellungen, wie soziale Spaltung und Benachteiligung überwunden oder gemildert werden könnten. Programme, Parlamentsanträge, Reden, Talkshows und Presseerklärungen erreichen diese Menschen jedoch nicht oder kaum.

Was aber wird die Sammlungsbewegung für künftige Wahlen bedeuten können? Sahara Wagenknecht sagte in einem Interview: „Wir wollen eine Regierung, die für die große Mehrheit der Menschen Politik macht, nicht mehr für die oberen Zehntausend.“ in der Zeitung „Die Welt“ meinte sie, dass „Wahlen zur Farce“ verkommen seien, da alle Parteien (außer Die Linke) „für eine Globalisierung nach dem Gusto transnationaler Großunternehmen“ stünden. Doch wie will die Sammlungsbewegung das ändern? SPD, Die Linke und die Grünen wollen als Parteien nicht mitmachen. Eine radikale gesellschaftliche Bewegung schafft sie nicht, will sie bisher wohl auch nicht. Große Ziele und Projekte, die Millionen Menschen wie einmal Brandt elektrisieren könnten, sehen ich ebenfalls nicht.

Letzten Endes würde ich unter diesen Umständen nur drei Möglichkeiten sehen. Erstens, doch das ist, wie gesagt, gegenwärtig illusionär, dass es doch eine rot-rot-grüne Sammlungsbewegung würde, die öffentlich

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

auch tief in die Gesellschaft wirkt. Zweitens, und da würde es für Die Linke und die SPD bedrohlich, dass die Sammlungsbewegung als eigene Partei antreten würde. Sie würde wahrscheinlich einen gewissen, aber sicherlich auch nicht nachhaltigen gesellschaftlichen Erfolg haben. Viele Menschen, die in allen anderen Parteien (außer der AfD) nur noch etablierte Parteien sehen, wären durchaus kurzzeitig ansprechbar. Für Die Linke könnte es dramatisch sein, die SPD nach mehr als anderthalb Jahrhunderten auch das Ende bedeuten. In Bayern wird sie in wenigen Wochen sich auch ohne eine solche Möglichkeit schon als Volkspartei aus der Geschichte verabschieden.

Die dritte Möglichkeit wäre, dass aus der Sammlungsbewegung etwas wie durch Corbyn in der britischen Labour-Partei oder in

der Bewegung „Unbeugsames“ Frankreich von Jean-Luc Mélenchon entwickelte, auf die Sahara Wagenknecht und Oskar Lafontaine sich oft beziehen. Die Probleme wären aber vielschichtig. Die Bewegung von Jean-Luc Mélenchon würde praktisch die Spaltung der Linken und der SPD bedeuten. Corbyn, den ich sehr schätze, kann sich auf die Mehrheit seiner eigenen Partei stützen, während es in Deutschland eine solche Unterstützung nicht gibt. Doch weder in Frankreich, erst recht in Großbritannien (Brexit!) bedeutete es keinen Stopp von rechten Populismus.

Ich weiß, es sind nicht Antworten durch mich. Doch, und mich treibt es seit Jahren um, wäre es aus meiner Sicht erforderlich endlich darüber intensiv und kreativ nachzudenken, wie man auch kulturell gegen diesen Populismus und gegen die Mutlosigkeit und Passivi-

tät jener Menschen, die ausgeschlossen sind und wirksame politische, gesellschaftliche Alternativen benötigen, aufbegehren kann. Große Projekte wie durch Brandt sind notwendig. Nach meiner Überzeugung a) gegen die soziale Spaltung in Deutschland, Europa und der Welt, b) für eine neue, „neue Ostpolitik“ und c) einen weitreichenden internationalen Wandel gegen Kriege, für die Überwindung von Unterentwicklung und Armut. Inhaltlich wäre es wahrscheinlich relativ leicht möglich, zumal es für alle diese Fragen auch Mehrheiten in der Gesellschaft gibt. Das eigentliche Nachdenken wäre aber dafür erforderlich, wie man, wir endlich erreicht, dass diese Mehrheiten nicht abstrakt oder in Umfragen bestehen, sondern endlich selbst aktiv würden. Genau dies aber vermisste ich bisher.

DIE LINKE schaffte nicht den Einzug in den 18. Bayerischen Landtag

Friedrich Schütz

Bayern ist nach der Fläche das größte und nach der Einwohnerzahl das zweitgrößte deutsche Bundesland. Damit kommt auch seinem Parlament, dem Bayerischen Landtag, eine besonders große Bedeutung zu. Für die anstehende turnusmäßige Neuwahl dieses Landtages am 14. Oktober 2018 gab es 9 473 134 Wahlberechtigte. 6 834 593 nahmen an der Wahl teil und erreichten so eine auffallend hohe Wahlbeteiligung von 72,4 %.

Während der Wahl übersprangen 6 Parteien die 5 Prozent-Hürde und kamen so in den Landtag. Das beste Ergebnis erreichte dabei die CSU mit 37,2%, wofür sie 85 Sitze erhält. Dieses ganz entscheidend auf die aktuelle Politik dieser Partei zurückzuführende Ergebnis ist ein beachtlicher Rückschritt gegenüber der Wahl vom 15. September 2013, als sie 47,7% der Stimmen gewann und 101 Sitze bekam. Hinzu kommt: Für die Regierungsbildung benötigen sie jetzt einen Koalitionspartner.

Auch die Unzufriedenheit mit der SPD zeigte sich an deren Wahlergebnissen. Hatte sie 2013 20,6% der Stimmen und 42 Abgeordnete bekommen, so waren es jetzt nur 9,7% der Stimmen und 22 Sitze. Es war ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei einer bayerischen Landtagswahl.

Die Freien Wähler hatten mit 11,6% und 27 Sitzen ihr in Bayern bisher bestes Wahlergebnis (2013 9,0% und 19 Sitze).

Einen beachtenswerten Erfolg errangen die Grünen. Von 8,6% der Stimmen und 18 Mandaten 2013 kamen sie auf 17,5% und 38 Sitze und wurden so zur zweitstärksten Partei.

Die FDP, die 2013 an der 5 Prozent-Hürde scheiterte, kam jetzt mit Mühe auf 5,1% der Stimmen und 11 Sitze.

Im Gegensatz zu diesen gestandenen Parteien im politischen Leben Bayerns nahm die AfD das erste Mal an einer bayerischen Landtagswahl teil und gewann gleich 10,2%

der Stimmen und 22 Mandate.

DIE LINKE konnte ihr Ziel, nachdem sie es bereits 2008 und 2013 ergebnislos versucht hatte, in diesen Landtag einzuziehen, auch jetzt nicht erreichen. Mit 435 949 Stimmen kam sie nur auf 3,2%. Diese 3,2% sind aber ein bedeutender Erfolg gegenüber der Wahl von 2013, als 251 086 Bürger/innen (2,1%) für sie stimmten.

Auch bei dieser Wahl waren die Ergebnisse territorial recht unterschiedlich. Von den sieben Regierungsbezirken, die zugleich auch die Wahlkreise waren, erreichte unsere Partei mit 4,7% ihr bestes Ergebnis in Mittelfranken. Und in den in diesem liegenden Stimmkreisen Nürnberg-Nord und Nürnberg-West kam sie mit 7,5% bzw. 7,4% auf Spitzenwerte.

Ich ende mit einem Satz von Bernd Riexinger nach der Wahl: „Wir haben einen enormen Zulauf von jungen Leuten bekommen und brauchen uns nicht zu verstecken“.

Eine Viertelmillion für eine offene und freie Gesellschaft

Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion

Mehr als 240.000 Menschen haben am Samstag in Berlin unter dem Motto »Solidarität statt Ausgrenzung - für eine offene und freie Gesellschaft« gegen rechte Hetze, Diskriminierung, das Flüchtlingssterben auf dem Mittelmeer und Kürzungen im Sozialsystem demonstriert. Die Linksfraktion im Bundestag hatte ebenfalls zu der Demo aufgerufen und war mit vielen Mitgliedern und Mitarbeitern vertreten.

Einen Tag vor der Bayernwahl setzten damit Hunderttausende gemeinsam ein eindrucksvolles Zeichen, „dass wir das Land nicht den Seehofers und Söders und schon gar nicht dem äußersten rechten Rand überlassen“, wie Diet-



Der Fraktionsvorsitzende bei der #unteilbar-Demo; Foto: privat

mar Bartsch betonte. Mit seiner „Mutter aller Probleme“ habe der selbsternannte Heimatminister Seehofer 20 Millionen Deutsche, die

eine Migrationsgeschichte haben, diskriminiert, so Bartsch.

Der Linksfraktionschef weiter: „Die schreienden Ungerechtigkeiten in dieser Welt - obszöner Reichtum auf der einen Seite und Kinderarmut auf der anderen - die Kriege in dieser Welt, sind das Problem. Seitdem Angela Merkel vor 13 Jahre Bundeskanzlerin wurde, hat jede ihrer Regierungen die Augen vor diesen Problemen verschlossen. Noch schlimmer: Jede Merkel-Regierung hat die Probleme verschärft - durch Steuergeschenke an Konzerne und Milliardäre, durch den Export deutscher Kriegswerkzeuge in alle Welt.“

Kreistagsfraktion im Gespräch mit der Verwaltungsleitung im Landkreis

Klaus Magenheimer, Fraktionsassistent

Als eine Festlegung zur Auswertung der diesjährigen Sommertour der Fraktion, fand am 15.10.2018 ein Gespräch mit der Leiterin der Agentur für Arbeit Bernburg, Frau Anja Huth und dem Betriebsleiter des Jobcenter des Salzlandkreises, Herrn Thomas Holz statt. Daran nahmen unter der Leitung der Vorsitzenden Sabine Dirlich weitere 4 Mitglieder der Fraktion, darunter auch der 1. Stellvertreter des Kreistagsvorsitzenden Ernst-Hermann Brink, teil. Die beiden Gesprächspartner*innen informierten zu Beginn der sachlichen Beratung über die gegenwärtige Situation in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich.

Zum gegenwärtigen Stand verwies Frau Huth auf eine Arbeitslosenquote im Landkreis von 8,2%. Damit befindet sich der Kreis etwa 1% über dem Landesdurchschnitt und nimmt leider einen der letzten Plätze ein.

Nicht in dieser Quote enthalten sind jedoch auch diejenigen, die als Leistungsbeschäftigte ausgewiesenen 12,1%, die sich in unterschiedlichen Maßnahmen befinden. Weiterhin gibt es Arbeitssuchende, die sich noch in Beschäftigungsverhältnissen befinden, aber gern wechseln wollen.

Leider wird die Kluft zwischen gesuchten Fachkräften und dem tatsächlichen Personalangebot immer größer. Im Durchschnitt vergehen etwa 92 Tage bis zur Be-

setzung eines neuen Arbeitsplatzes. Bei Klempnern vergehen nunmehr schon 188 Tage bis zur Besetzung eines freien Platzes. Im Altenpflegebereich sieht es nicht sehr viel besser aus.

Über einen „Pflegestammtisch“ der Agentur mit den Trägern der Altenpflege wird kontinuierlich versucht, positive Veränderungen zu erreichen. Besorgniserregend fanden die Abgeordneten, dass jeder zehnte „Kunde“ der Agentur länger als ein Jahr arbeitslos ist. Auch machen die zunehmend schlechteren Schulabschlüsse die Qualifizierung von jungen Menschen für ein erfülltes Arbeitsleben immer schwerer. Auch in diesem Bereich spielt das Thema Demographie eine zunehmende Rolle. Wir haben den größten Altersquotienten der Belegschaften und bis zum Jahr 2030 werden 30% der jetzt Beschäftigten ausscheiden. Frau Huth schätzt ein, dass dieses Personalproblem aus eigener Kraft nicht mehr zu meistern sei. Es braucht in diesem Bereich eine Zuwanderung aus dem Ausland.

Herr Holz benannte für seinen Arbeitsbereich die Anzahl von 15000 Personen, mit denen man ständig in Arbeitskontakt sei. Dazu gehören nunmehr etwa 6000 Arbeitslose. Besorgniserregend fanden wir Abgeordneten, dass davon 80 % der Menschen als Langzeitarbeitslose geführt werden. In unterschiedlichen Maßnahmen

befinden sich etwa 3000 Bürger*innen. Um das Problem zu mildern gibt es engen Kontakt mit Zeitarbeitsfirmen. Dabei wird immer versucht, wenigstens den Mindestlohn zu garantieren.

Sehr interessant fanden wir das geschilderte „Wegebauprogramm“, in dem Menschen ohne Schulabschluss in einer dualen Ausbildung vor allem zu Teilfacharbeitern qualifiziert werden. Später kann dann auch eine weitere Qualifizierung zu einem richtigen Abschluss erfolgen.

Für alle Beratungsteilnehmer*innen bedeutete auch der stattfindende Rückbau von öffentlichen Nahverkehrsverbindungen ein großes Hemmnis für die betroffenen Menschen. Viele sind somit schwer in der Lage, ihren Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz zu erreichen. Mögliche Auswege, wie Unterstützung zur Erlangung des Führerscheins oder Anschubfinanzierung für die Beschaffung eines Fahrzeuges, scheitern an notwendigen Einsichten der Verantwortungsträger. Es ist festzustellen, die Verantwortlichen für diesen Bereich in Deutschland haben sich noch niemals in präkeren Situationen befunden und entwickeln keine Empathien.

Im Ergebnis der Zusammenkunft soll es eine konkrete Hinwendung zur Wirtschaftsförderung des Landkreises geben.

Doreen Hildebrandt beim „Frühstück mit Links“

Angela Plättner, DIE LINKE Bernburg

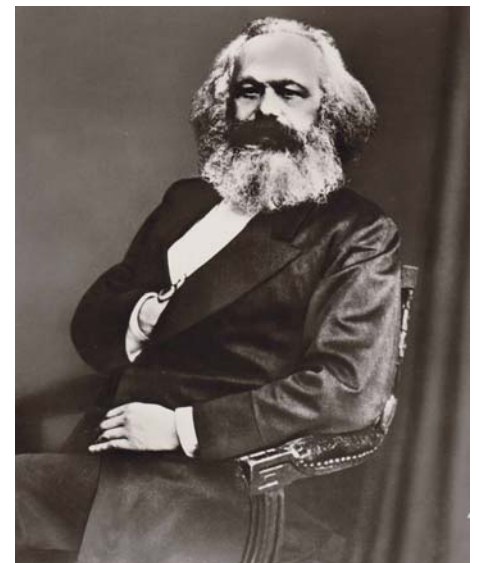


Zu Gast beim Frühstück in Bernburg
MdL Doreen Hildebrandt;
Foto: privat

Am 24.09.18 fand das „Frühstück mit Links“ mit der Landtagsabgeordneten Doreen Hildebrandt im Bernburger Wahlkreisbüro statt. Es war wie immer sehr gut besucht. Die Plätze rund um den Essenstisch haben nicht ausgereicht um alle Besucher zu fassen, die an diesem Tag erschienen waren. Ein Gast war extra deshalb gekommen, um sich von der

Landtagsabgeordneten über ein Thema beraten zu lassen, das ihm auf den Nägeln brannte. Es war ein gemütliches Beisammensein mit einem reichlichen Frühstück. Schinken und Aufschnitt waren ebenso vorhanden, wie eine gesunde Beilage mit Gemüse und Saft. Allen Beteiligten gingen die Gesprächsthemen, ob privat oder politisch, nicht aus. Die Gastgeber im Wahlkreisbüro von MdB Jan Korte und MdL Doreen Hildebrandt freuten sich über den regen Zuspruch der Veranstaltung und kauften sogar noch Frühstück nach, da sich ja alle wohlfühlen sollten. Es blieb kaum etwas auf dem Teller, und der frisch gebrühte Kaffee tat gut bei den etwas kühleren Herbsttemperaturen, die aber trotzdem nach der langen Hitze angenehm waren. Ich glaube, dass es allen Spaß gemacht hat sich an diesem Vormittag zu treffen, um bei einem guten Frühstück ihre Standpunkte auszutauschen. Satt und zufrieden gingen alle nach Hause. Wenn es am 26.11.2018 das nächste „Frühstück mit Links“ in Bernburg gibt, wir Doreen Hildebrandt erneut als Gesprächspartnerin zur Verfügung stehen.

200 JAHRE MARX – ZITAT DES MONATS:



„...wenn du Einfluß auf andre Menschen ausüben willst, mußt du ein wirklich anregend und fördernd auf andre Menschen wirkender Mensch sein.“

Sabine Dirlich, Fraktionsvorsitzende im Kreistag
Roland Claus, Mitglied im Landesvorstand

Schönebeck, 17.10.2018

Diskussionsgrundlage für die Entstehung eines Kommunalwahl-Programms 2019 der Partei DIE LINKE im Salzlandkreis

Willkommen!

Aufruf zur Kommunalwahl 2019 im Salzlandkreis.

Wir sind im Europaparlament, im Bund, den Ländern und in den Kommunen politisch aktiv, aber wir wollen die Politik wieder nach Hause holen, sie vom Wasserkopf auf die Füße stellen. Wir nehmen nicht länger hin, dass die Reichen und Bürokraten sich „OBEN“ nennen, und die mit vielen Ideen aber wenig Geld „UNTEN“ genannt werden.

Wir haben ein gerechtes Steuerkonzept, das Geld von „OBEN“ nach „UNTEN“ holen kann und den Kommunen wieder Luft zum Atmen gäbe.

Wir sind eine engagierte Friedenspartei. Wenn alle Bürgermeister/innen der Welt von ihren Einwohner/innen einen klaren Friedensauftrag bekämen - wo sollte da Krieg entstehen?

Wir wollen eine bessere Infrastruktur. Wir wollen, dass die Dinge, die wir im Alltag brauchen, auch für alle zugänglich sind – von A wie Autobus über H wie Hebamme, K wie Kaufhalle bis Z wie Zahnarzt – in Städten und in den ländlichen Räumen.

Was alle brauchen, muss öffentlich sein.

Wir können Vieles, nur nicht abheben

Nicht erst seit den Kommunalwahlen von 2014 arbeiten wir als LINKE im Kreistag, in Stadt- und Gemeinderäten. Mehr noch: Wir sind es zumeist, die aus der Sicht der Benachteiligten denken und handeln. Wir müssen auch über kommunale Unternehmen mitentscheiden, aber wir haben alle unsere Entscheidungen auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit gestellt, und das bleibt auch so.

Öffentliche Fraktionssitzungen, lebendige Bürgerbüros, Agieren im öffentlichen Raum und „zuhören-können“ waren und sind Markenzeichen linker Kommunalpolitik. So ist uns nicht entgangen, dass wir - vor allem im ländlichen Raum - an Einfluss verloren haben. Allerdings: Aus unserer PDS-Geschichte haben wir die Erkenntnis bewahrt: Wir können aus selbstgemachten Fehlern lernen.

Gestaltung des Lebens in Gemeinden und Städten wiedergewinnen

Kommunale Selbstbestimmung hat durch den Einfluss von Banken, Konzernen und Aktionären Schaden genommen. Eine „Entmündigungsbürokratie“ auf vielen Verwaltungsebenen steht denen dabei stets zu Diensten. Wir werden die Welt nicht aus Staßfurt oder Calbe retten. Aber deshalb werden wir noch lange nicht den Mund halten über Zustände, die wir ungerecht

finden. Solange sich Banken und Krankenhauskonzerne in unseren Alltag einmischen, nehmen wir uns das Recht, deren Misswirtschaft zu stören. Deshalb wollen wir überall mündigen und selbstbewussten Bürger/innen kreative und zuverlässige Partner sein.

Kein Gemeinderat, keine Fraktion kann Kommunalpolitik ganz allein machen. Wir stehen deshalb für eine Kooperation mit demokratischen Parteien und Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen, fortschrittlichen Arbeitsgemeinschaften, Sportvereinen und vielen anderen. Wir sind nicht zu gebrauchen für irgendeine Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten oder Rechtsextremisten. Wir wollen Protest auch in den Kommunen mit demokratischer Veränderung begegnen, nicht auf dem Weg in´s Rückwärts-Deutschland. Auch in der Kommunalpolitik bedarf es vieler Alternativen für Deutschland. Dieser „Alternative für Deutschland“ bedarf es nicht.

Mit öffentlichen Verwaltungen wollen wir gut, aber auch kritisch zusammenwirken. In den kommunalen Eigenbetrieben soll es fair und sozial zugehen.

Was alle brauchen, soll öffentlich sein

Bildungszugang spaltet mehr und mehr die Gesellschaft. Wir wollen eine Schule für alle, sonst verschenken wir Talente. Deshalb brauchen wir auch weiter die Schule im Ort, kurze Wege für kleine Beine. Schulverlust ist Kulturverlust, ist verschenkte Zukunft. Wir wissen, dass der Erhalt aller Schulen schwierig ist, aber wenn Finanzminister Schulpolitik machen, geht das einfach schief. Der Weg mit dem Bus zur Schule muss kürzer werden und bezahlbar bleiben. Wir fordern vom Land ein Anreiz-Programm für Lehrer/innen im ländlichen Raum.

Der Salzlandkreis hat bedeutende wissenschaftliche Kapazitäten. Deshalb setzen wir uns für die Weiterentwicklung der landwirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Kapazitäten ein. Viel reicher können wir im Kreis vielleicht nicht gleich werden, viel klüger auf jeden Fall. Wir leben in einem Kulturkreis. Drei Theater, eine Philharmonie mit höchstem Niveau, Museen und Musikschulen, Naturdenkmale und eine bedeutende Industriegeschichte, eine lange Tradition des Lebens am Fluss, mit Aschersleben eine der ältesten Städte Deutschlands - und vieles andere mehr. Und dann gibt es ja noch Magdeburg vor der Haustür des Salzlandkreises. In linker Kommunalpolitik steckt viel Kulturpolitik, mit Leidenschaft und Sachverstand, manchmal auch mit Trotz.

Ein junger Landkreis braucht eine gute Förderung von Mobilität. Die Dörfler sollen in´s Theater kommen, und die Städter zum Erntefest. Auch deshalb soll die Kreisverkehrsgesellschaft ihr ÖPNV-Angebot ausbauen. Für Bahn und Radwege haben wir richtig gute Ideen.

Digital oder abgehängt

Wer schon nicht reich ist, sollte wenigstens online sein. Im Großraum Magdeburg entscheiden Studierende und Jungunternehmen oft anhand des Netzzugangs über Bleiben oder Weggehen. Auch deshalb setzen wir uns energisch für Breitbandausbau auf höchstem Niveau ein.

Wir nehmen´s sportlich

Der Salzlandkreis ist reich an Traditionen im Breitensport. Wir unterstützen das gern. Das Ehrenamt im Sport verdient und braucht mehr Anerkennung

Doch – Wirtschaft können wir auch

Der Salzlandkreis war einst ein bedeutender Industriestandort, bis dass die Treuhand kam. Industriepolitisches Wissen und Gewissen sind noch vorhanden, aber inzwischen auf Klein- und mittelständische Unternehmen übergegangen. Wir schätzen unternehmerische Initiative im Handwerk, im Gewerbe und in Industriebetrieben und fördern deren Entwicklung.

In der Landwirtschaft setzen wir uns auf allen politischen Ebenen für die Chancengleichheit ostdeutscher Agrarunternehmen ein. In Barby haben wir ein Zentrum für moderne Energie-Wirtschaft, benannt nach dem „Solar-Papst“ Hermann Scheer. DIE LINKE hat rechtzeitig erkannt, dass die Zukunft der Energiewirtschaft in den Erneuerbaren Energien besteht.

Die kommunalen Unternehmen im Landkreis verdienen auch weiterhin unsere Unterstützung und kritische Begleitung. Die Salzlandsparkasse, der Kreiswirtschaftsbetrieb, die Kreisverkehrsgesellschaft und die städtischen Unternehmen wollen wir als Betriebe mit fairer Tarifbindung weiter entwickeln. Europäisches und deutsches Vergaberecht wollen wir entbürokratisieren, um regionalen Unternehmen bessere Wettbewerbschancen zu geben.

Datenschutz gilt für alle gleichermaßen, es geht nicht an, dass Konzerne sich freikaufen und kleine Unternehmen von Bürokratie erdrückt werden.

Der Landkreis sollte ein Vorreiter bei der Förderung von IT-Unternehmen und digital orientierten Jungunternehmen werden und dafür die Wirtschaftsförderung neu strukturieren.

Die kommunale Wohnungswirtschaft liegt uns am Herzen. An viele gute Erfahrungen wollen wir hier anknüpfen.

Seit Jahr und Tag stehen wir für eine humanistische und soziale Arbeitsmarktpolitik. Als Gegner des „Hartz-IV- Systems“ kümmern wir uns um die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Wer seine Arbeit verloren hat, darf nicht auch noch seine Würde verlieren. Auch im Salzlandkreis gibt es inzwischen eine neue Situation: Langzeitarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel stehen sich gegenüber. Fachkräftemangel ist nur mit Weltoffenheit, nie mit Abschottung zu überwinden.

Für eine neue Kultur des Miteinander

Mit der deutschen Einheit ist vieles besser geworden, aber es wurde auch neue Zwietracht gesät. Wir wollen nicht, dass die Ellenbogen-Gesellschaft über das solidarische Miteinander siegt. Wir wollen auch heute noch sagen: „Den Kindern soll`s mal besser gehen!“ und nicht „Nach mir die Sintflut!“. Fragen wir uns doch einmal selbst: Was ist der Begriff „Nachbar“ heute noch wert?

Und auch für dieses neue Miteinander können wir etwas tun, als Ossi`s allemal! Wir wollen das Land von untern verbessern, also zuerst im kommunalen Gemeinwesen. Wir stehen deshalb für eine weitaus höhere Wertschätzung des Ehrenamtes ein, auch mit mehr Geld.

Die Feuerwehren im Landkreis sind ein Musterbeispiel bürgerschaftlichen Engagements. Sie verdienen unsere tätige Unterstützung.

Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen sind eine Bereicherung des

Lebens in den Städten und Gemeinden. Vieles kann von ihnen gelernt werden. Deshalb setzen wir uns für das Konzept des nicht ausgrenzenden Zusammenlebens – Inklusion genannt – ein.

Der Salzlandkreis ist reich an Erfahrungen von Seniorinnen und Senioren. Schön, dass wir älter werden, aber wir wollen mehr dafür tun, dass die Älteren das auch als Lebensgewinn empfinden können. Die Senior/innen-Vertretungen im Landkreis wollen wir in allen Volksvertretungen als willkommene Partner respektieren. Altersweisheit ist manchmal anstrengend, aber noch immer eine Form von Weisheit.

Die öffentliche Sicherheit im Landkreis ist ein Reizthema geworden. Vor allem anderen brauchen wir eine gut funktionierende Polizei und Justiz. Wir haben uns schon seit Jahrzehnten für eine bessere Polizei-Präsenz auch in Kleinstädten und Gemeinden eingesetzt. Die Folgen von Kriminalität sind teurer als eine ordentlich aufgestellte Polizei.

Seit 2015 haben wir in den Kommunen ganz neue Erfahrungen im Umgang mit geflüchteten Menschen gemacht, auch im Salzlandkreis. DIE LINKE hat sich in Kooperation mit Vereinen und Kirchen humanistisch und couragiert eingebracht. Sie hat sich rechtspopulistischen Tendenzen entgegengestellt und so vielleicht auch

Verluste bei der Landtagswahl 2016 in Kauf genommen. Wir sind genügend im wirklichen Leben zu Hause und wissen, dass ein Zusammenleben mit Flüchtlingen auch Probleme bereitet. Wenn aber Geflüchteten in unserem „Hier und Heute“ in Bernburg, Schönebeck oder Aschersleben eingetroffen sind, dann gilt unser Prinzip: Die Würde des Menschen ist unantastbar! Aber ebenso setzen wir uns in der Bundespolitik dafür ein, viel mehr für Entwicklungshilfe als für Krieg und Rüstung auszugeben.

Im Jahr der Kommunalwahl begehen wir den 30. Jahrestag des Mauerfalls in Berlin und auch bei uns im Landkreis. Wir hatten 1989 nicht erwartet, dass nach 30 Jahren noch so vieles ungleich ist in Deutschland. Bei den Löhnen und den Renten, bei der Anerkennung fachlicher Qualifikationen, bei der Besetzung von Chefsesseln. Aber dies kann uns Ostdeutschen keiner nehmen: Wir sind die wahren Könner des Umbruchs, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation. Und deshalb gilt auch bei der Kommunalwahl 2019: „Selbstbewusst für den Osten!“ Die Ostdeutschen zeigen den aufrechten Gang. Manchmal, vielleicht zu selten – aber trotz Alledem.

Europa? Europa!

Es ist doch richtig, dass die Europäische Union unter zu viel Bürokratie leidet. Aber viel wichtiger ist: Die Europäische Union leidet unter zu wenig politischer Vision und deren Umsetzung.

Wer wollte 2019 einer Schülerin in Könnern oder Barby erklären, dass ihre Freundschaften nach Marseille und Dublin wieder an Grenzen enden sollten? Wir wollen das nicht. Wir wollen ein sozial und humanistisch verfasstes Europa. Wir wollen auch ein gutes Verhältnis zu Russland.

Deshalb werben wir um Ihre Stimme zur Europawahl am 26. Mai 2019. Mit Martina Michels haben wir eine Europa-Abgeordnete aus Berlin, die aber auch in Magdeburg zu erreichen ist. Europa vor der Haustür.

DIE LINKE im Salzlandkreis sagt: Willkommen!

Bundesregierung muss endlich alle Geheimdienstakten über NS-Verbrecher offenlegen

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion



MdB Jan Korte; Foto: privat

Am 19. Januar 2017 sorgte die damalige Große Koalition durch eine Novelle des Bundesarchivgesetzes dafür, dass der Informationszugang zu historischen Unterlagen von Geheimdiensten erheblich eingeschränkt wurde. Gegen die Stimmen von LINKEN und Grünen beschlossen Union und SPD, dass die Geheimdienste nun selbst entscheiden können, ob überhaupt und wenn ja, welche Unterlagen sie dem Bundesarchiv übergeben.

Nach einem Bericht der Hannoverschen Allgemeinen vom 13.9.2018 soll das Hans-Georg Maaßen, dem immer noch amtierenden Präsidenten des Inlandsgeheimdienstes, aber nicht genügen. Am 30. August 2018 drohte Maaßen demnach damit, wegen eines unliebsamen Urteils auf die erneute Änderung des Bundesarchivgesetzes hinwirken zu wollen. Der Geheimdienst will so offenbar verhindern, dass seine Akten über NS-Kriegsverbrecher eingesehen werden können. Konkreter Anlass ist das Verfahren eines Journalisten, der zumindest die über 30 Jahre alten Teile der noch nicht geschredderten Akte des Verfassungsschutzes über SS-Hauptsturmführer Alois Brunner auswerten will. Brunner, die rechte Hand von Adolf Eichmann, war einer der meistgesuchten NS-Kriegsverbrecher und

für die Ermordung von ca. 130.000 Jüdinnen und Juden verantwortlich, wofür er sich in Deutschland jedoch nie vor einem Gericht verantworten musste. Immer wieder gab es Hinweise darauf, deutsche und ausländische Geheimdienste würden ihn schützen. In der Regierungszeit von Helmut Kohl vernichtete der BND den Großteil seines Aktenbestandes über Alois Brunner, so dass eine Klärung der Frage, ob Brunner für den BND arbeitete erheblich erschwert wurde.

Ich habe deshalb eine Kleine Anfrage „Akteneinsicht zum Kriegsverbrecher Alois Brunner“ eingereicht. Darin will ich u.a. von der Bundesregierung wissen, inwieweit sie die Äußerungen von Maaßen teilt und ob sie für den Fall einer letztinstanzlichen Entscheidung durch das Bundesverwaltungsgericht auf Aktenfreigabe, das Urteil akzeptieren oder tatsächlich versuchen wird, das Bundesarchivgesetz entsprechend zu ändern, damit eine Akteneinsicht und damit auch die Aufarbeitung der braunen Vergangenheit der deutschen Geheimdienste verhindert werden kann. Auf die Antwort bin ich schon jetzt gespannt. DIE LINKE wird sich weiter für eine völlige Öffnung der mehr als 30 Jahre alten Geheimdienstakten einsetzen.

Aufruf zur Mitarbeit am Kreiswahlprogramm

Lothar Boese, Kreisvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen im Salzlandkreis,

im Beschluss zur Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr, den die Kreisversammlung am 13. Oktober in Nachterstedt verabschiedet hat, heißt es unter anderem: „Die Erarbeitung der Wahlprogramme für den Landkreis und verschiedene Städte und Gemeinden beginnt jetzt. ... Unsere Mitglieder sind aufgerufen, sich mit Ideen und Vorschlägen an der Entstehung dieser Programme zu beteiligen. Gern nehmen wir Anregungen, Erwartungen und Ideen auf, wo nötig auch Kritik. Für das Kreiswahlprogramm wird eine Redaktionsgruppe die Ideen bündeln. ...“

Einen ersten Aufschlag für einen Entwurf für das Kreiswahlprogramm haben jetzt Sabine Dirlich und Roland Claus gemacht. Ihren Text möchte der Kreisvorstand mit dieser Ausgabe der LINKEN Zeitung den Mitgliedern zur Kenntnis geben (siehe Sonderbeilage „Diskussionsgrundlage Kommunalwahlprogramm“). Gleichzeitig ermuntert der Vorstand alle Interessierten, sich mit weiteren eigenen Entwürfen oder Vorschlägen zur Änderung oder Ergänzung des Textes von Sa-

bine und Roland zu Wort zu melden und sie dem Vorstand zuzuleiten.

Der Kreisvorstand hat in seiner letzten Sitzung außerdem den Termin für die erste Sitzung der genannten Redaktionsgruppe festgelegt. Diese Sitzung soll am Donnerstag, den 29.11., ab 18 Uhr im Büro der Kreistags-

fraktion in Staßfurt, Löderburger Straße 94, stattfinden. Die Redaktionsgruppe soll eine „offene Gruppe“ sein, das heißt, jeder oder jede Interessierte kann teilnehmen und sich mit Vorschlägen in die Diskussion einbringen. Bitte merkt euch diesen Termin schon mal vor.



Der Kreisvorsitzende bei der Kreisversammlung; Foto: privat

DIE LINKE mit bunt gemischtem Team beim „Kick für Toleranz“

Björn Jethon, DIE LINKE Nienburg

Am 15.09.2018 fand im Rahmen der interkulturellen Woche erneut der „Kick für Toleranz“ statt. Nachdem „DIE LINKE“ im vergangenen Jahr leider keine Mannschaft zusammenbekam, nahm man in diesem Jahr mit einem gemischtem Team teil, bestehend aus Frauen und Männern, wobei man mit Zoe Kimberly Fuchs (15) sogar die jüngste Spielerin in den eigenen Reihen hatte. Für die Zusammenstellung der Mannschaft, die mit insgesamt 12 Spieler*innen antrat, war neben Jörg Lemmert auch Björn Jethon verantwortlich. Die beiden machten einen sehr guten Job. Ebenso freute die Teilnahme zweier armenischer Freunde, was ein starkes Zeichen seitens der Partei bei diesem Ereignis war. Seit 2016 heißt die Veranstaltung „Kick für Toleranz“, die bis dahin „Kick gegen Rechts“ hieß. Da in diesem Jahr lediglich sieben Mannschaften teilgenommen haben, wovon nur eine einzige von „African Union“ war, die im vergangenen Jahr noch mit drei Mannschaften anreisten, besteht die Vermutung, dass die Namensänderung Einfluss auf die Zahl teilnehmender Mannschaften hatte.

Alles in allem wurde es bei wunderbarem Wetter ein sehr schönes Turnier, an dem alle Mannschaften sichtlich Spaß hatten, ein Zei-



LINKES Team beim Kick für Toleranz; Foto: privat

chen gegen den aufkommenden Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Fremdenhass und Faschismus zu setzen. Trotz des sportlich mäßigen Erfolges unserer Mannschaft, die lei-

der den letzten Platz belegte, konnte man sich über den „Fair-Play-Pokal“ als fairste Mannschaft des Turniers freuen, was wiederum ein absolut großartiger Erfolg ist.

LINKE beim Tag der Regionen in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Orts- und Fraktionsvorsitzender

Das Auftreten des Ortsverbandes unserer Partei und der Stadtratsfraktion war wieder langfristige vorbereitet. Mit einem Gewinnspiel, erarbeitet von Siegfried Mahlfeld, sollte diesmal das Wissen zum Thema der diesjährigen Veranstaltung getestet werden. Von Jan Korthe wurden dankenswerterweise drei Preise zur Verfügung gestellt. Angelika Flügel hatte eine auszumalende Friedensbotschaft vorbereitet. Sie wurde nicht nur von Kindern bunt ausgemalt. Zum Schluss wurde sie an einem roten Luftballon befestigt und in den Himmel geschickt. Natürlich war auch das Glücksrad wieder dabei. Eine vielgestellte Frage war die nach dem Hauptgewinn. Den gab es in dieser Form natürlich nicht. Jeder war nach einem Blick in die bereitgestellten Kartone auch mit kleineren Preisen zufrieden. Die Renner waren wiederum die unterschiedlichen Kugelschreiber.

Jeder der Besucherinnen und Besucher kam an unserem weit sichtbaren Stand vorbei. In diesem Jahr befanden wir uns mit unserem roten Pavillon direkt am Eingang zum Benneckeschen Hof. So begrüßten wir zuerst die Ehrengäste, die schmucken Majestäten von nah und fern, die Musikgruppen und natürlich den Bergmannsverein. Auch kamen wir an dieser Stelle mit vielen Bekannten ins

Gespräch und besprachen häufig in Sorge die gegenwärtige politische Situation in unserem Land.

Nach einem abgestimmten Einsatzplan waren immer mehrere Standbetreuer*innen vor Ort. Niemand wurde an diesem Sonntag zeitlich überfordert.

Was wettermäßig langfristig angesagt worden war, traf diesmal auch wirklich zu. Von

Stunde zu Stunde wurde es ungemütlicher und letztlich mussten wir wegen des zunehmenden Regens notgedrungen unseren Stand abbauen. Wir hätten gern auch an diesem Tag die Öffentlichkeit genutzt.

Ich möchte mich bei allen Aktiven für ihre Beteiligung bedanken. Ich denke, im nächsten Jahr sind wir auch wieder dabei.



LINKER Infostand in Staßfurt; Foto: privat

Grillfest des OV Saale-Wipper

Lars Lehmann, Mitglied des Sprecherrates

Der Ortsverband Saale-Wipper lud am 05.10. zu seinem diesjährigen Grillabend, auf das Gelände des Gnölbziger Heimatvereins, ein. Neben den Mitgliedern des Ortsverbandes selbst, folgten auch Genossinnen und Genossen, unter anderem aus Könnern, Bernburg und Staßfurt der Einladung. Darüber hinaus nahmen auch

zahlreiche Sympathisanten an der Veranstaltung teil, welche zwar keine Parteimitglieder sind aber unsere Arbeit unterstützen und somit auch einen wertvollen Beitrag leisten.

Neben dem leiblichen Wohl mit Leckereien vom Grill und dem ein oder anderen Getränk, kamen natürlich auch die

politischen Gespräche nicht zu kurz, es wurde vielfach gelobt, dass eben dieser Austausch in lockerer Atmosphäre mit Gleichgesinnten das ist, was vielmehr in den Vordergrund rücken sollte und muss.

Ein besonderer Dank gilt Daniel Wernecke und seiner Frau für die Organisation der Veranstaltung.

Mehr Aufmerksamkeit für unsere ältesten Mitglieder

Eberhard Balzer, Ortsvorstand DIE LINKE Bernburg

Zur Basisgruppe Bernburg-Mitte gehören 23 Genoss*innen. Der Altersdurchschnitt beträgt 66 Jahre, bei einer Alterszusammensetzung von 44-96 Jahren. Zwei Genossinnen sind über 90 Jahre, fünf Genoss*innen sind über 80 Jahre alt.

Die Vorstandsmitglieder der BO Mitte, Siegrid Buchmann und Eberhard Balzer, besuchten unser ältestes Mitglied, die ehemalige Oberschwester im Krankenhaus Bernburg, Anna-Christine Böhm. In einer herzlichen Atmosphäre bei Kaffee

und Kuchen erfolgte eine ausgiebige Diskussion zu verschiedenen Bereichen, wie Gesundheit, Bildung und Erziehung in der Schule, Zunahme des Rechtsradikalismus und Kommunalpolitik.

Wir waren erstaunt, mit welcher Intensität und Interessiertheit Genossin Böhm das tägliche Geschehen verfolgt. Das zeigte sich besonders bei Fragen der Gesundheitsbetreuung, über die nach 28 Jahren noch immer vorhandene Ungleichheit der Renten in Ost und West und die Zunahme

des Rechtsradikalismus.

Genossin Böhm liest aufmerksam unsere „DIE LINKE ZEITUNG“ und ist an weiteren Informationen interessiert, besonders über Kommunalpolitik. Fast zwei Stunden vergingen ohne es zu bemerken.

Zum Abschluss wurden wir gebeten, sich für die Verbesserung der Verkehrsbedingungen einzusetzen, da ärztliche Besuche manchmal mit erheblichen Anstrengungen verbunden sind.

DIE LINKE.

macht den

Unterschied.

Mach mit!

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im November recht herzlich

Zum 86. Geburtstag
Hans-Jürgen Beu

Zum 85. Geburtstag
Ruth Weiß

Zum 84. Geburtstag
Karl Dietrich

Zum 80. Geburtstag
Fritz Pawlowski

Zum 65. Geburtstag
Elvira Bartsch
Angelika Flügel

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im November Geburtstag haben



Termine im „Linkstreff“ Asl

Im Ascherslebener Büro (Oststraße 5) gibt es immer am 1. und 3. Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr eine **LINKE Sprechstunde** und immer am 2.

Montag im Monat das „Kaffee mit Links“.

Tagesseminar „Linke Politik in der Kommune“

Veranstaltung der Kommission Politische Bildung am **25.11.2018 ab 9:00 Uhr im LINKEN Laden** (Leitergasse 4, Halle (Saale)). Anmeldung und Anfragen zur kostenfreien Veranstaltung per Mail an lgst@dielinke-lsa.de.

Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächste Sitzung am **12.11.2018 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94) durch.

„Frühstück mit LINKS“ in Bernburg

Am **26.11.2018 um 10 Uhr** freuen wir uns auf **MdL Doreen Hildebrandt** als Gesprächspartnerin im Bernburger Bürgerbüro.

Gedenken zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht

DIE LINKE Saale-Wipper ruft alle Bürger*innen am **09.11.2018 um 15:30 Uhr** zur Gedenkveranstaltung auf dem Jüdischen Friedhof in Güsten auf.

Delegiertenwahlkreisversammlung am 03.12.2018 in Köthen

Auf der gemeinsamen Veranstaltung mit dem Kreisverband DIE LINKE Anhalt-Bitterfeld wählen wir Vertreter*innen für die Versammlung zur Aufstellung der **Bundesliste für die Europawahl**.

Diese wird im Februar 2019 in Bonn gewählt. Einladung, Tagesordnung und Geschäftsordnung finden sich in dieser Ausgabe der LINKEN Zeitung.

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Heinz Adam

OV Aschersleben
Kreisvorstand



Ortsversammlung in Schönebeck

Am **13.11.2018 um 15:30 Uhr** findet die nächste Ortsversammlung mit Vorstandswahl im **Begegnungszentrum der Volkssolidarität** „Am Stadtfeld“ (Am Stadtfeld 38) statt.

DER LINKE Politstammtisch in Staßfurt

Am **20.11.2018 ab 17 Uhr** in „Meyer´s Bräustüb´l“ (Hohenexlebener Straße 82).

Cuba Sí realisiert in Kuba nachhaltige Landwirtschaftsprojekte, außerdem helfen wir dem sozialistischen Land in den Bereichen Gesundheit, Kultur und Politik. Unsere Mitstreiter/-innen informieren über das sozialistische Kuba und über Lateinamerika, wir organisieren politische Bildung und Kulturveranstaltungen. Für Interessierte planen wir Solidaritätsbrigaden und politische Rundreisen nach Kuba. **Bitte unterstütze unsere Solidaritätsarbeit mit einer Spende!**

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Cuba Sí

Spendenkonto

beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí:
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC: BELADEVXXX. Verwendungszweck: „Milch für Kubas Kinder“ oder „Kuba muss überleben“.

AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **14.11.2018 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

ClimatePartner^o

klimanneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste

DLZ ist der 16. November 2018.

Redaktionsschluss für diese

Ausgabe war

der 19. Oktober 2018.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.